

Nein zur Neutronenbombe

Ethik politischer Verantwortung am Scheideweg.

Von Paulus Engelhardt

Im „Neuen Deutschland“ war es zu lesen: Die Kommunisten in Ost und West protestieren gegen die Einführung der Neutronenbombe. Die umfassendste Protestaktion in der Bundesrepublik wurde vom „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ durchgeführt — jener kommunistisch gelenkten Organisation, die zum Prüfstein der SPD-Zugehörigkeit wurde. Egon Bahr, der für den Ausschluß jener Jusos sorgte, die mit dem Komitee zusammenarbeiteten, protestiert im Namen der Humanität gegen die Bombe: Die Präzision grausamer Tötung, verbunden mit der Garantie, das feindliche Tötungsmaterial oder die einwohnerleeren Häuser unbeschädigt übernehmen zu können, ist für ihn „ein Symbol der Perversion des Denkens“ (Vorwärts, 21. 7. 1977). Das Präsidium der deutschen Sektion der internationalen Pax-Christi-Bewegung äußert Betroffenheit, wie wenig ernst in der bundesrepublikanischen Diskussion die Fragen der Humanität, d. h. die ethischen Fragen, genommen werden (Publik-Forum Nr. 17/77).

Die Koalition der Protestierer, die kaum durch innere Bande zustande gekommen ist, mag manche Politiker, auch gerade solche, die sich auf das Christentum berufen, in dem Umkehrschluß bestärken: Wenn die „Kommunisten“ eine solche Angst vor der Neutronenbombe haben, dann dürfte sie wohl ein wirksames Mittel der Abschreckung sein. Also fordert die Ethik politischer Verantwortung, die Entwicklung der Neutronenbombe zu unterstützen.

Man kann diesen Stimmen mit Gert Krell und Dieter Senghaas ein Stück entgegenkommen: „... Unerlässlich ist eine bindende und überprüfbare Erklärung der Sowjetunion, ebenfalls (der Verzicht des Westens wird zuerst gefordert) auf diese Waffe, die sie in absehbarer Zeit sicherlich zu produzieren imstande wäre, zu verzichten. Ohne eine derartige Erklärung bliebe die gewissermaßen routinemäßige Kritik des Ostens an den jüngsten Rüstungsplänen der USA vordergründig und heuchlerisch“ (Vorwärts, 4. 8. 1977).

Unter folgenden Bedingungen ist die Ethik derer, die die Produktion der Neutronenbombe befürworten, vertretbar: 1., daß die weitere Aufrüstung (des Westens) ein unvermeidliches Übel ist, will man die kriegsverhindernde Wirkung der Abschreckung erhalten; 2., daß die Abschreckung noch auf lange Sicht das einzige Mittel einer wirksamen Kriegsverhinderung ist; 3., daß die Produktion der Neutronenbombe mit Wahrscheinlichkeit die Abschreckungswirkung erhält oder sogar steigert; 4., daß die zunächst einseitig westliche

Entwicklung der Neutronenbombe die Rüstungsverminderungsverhandlungen SALT und MBFR nicht erschwert; 5., daß die Neutronenbombe im Ernstfall das unvermeidliche Geschäft des Tötens nicht mit zusätzlichen Qualen anreichert.

Nun sind diese Voraussetzungen sehr angreifbar: 1. ist die weitere Aufrüstung (des Westens) ein entscheidender (nicht der einzige) Faktor, das Abschreckungssystem immer unsicherer zu machen (gesteigerte Eigendynamik, Erschwerung der auf Dauer notwendigen Abrüstung, Vermehrung kritischer Phasen des — scheinbaren — Ungleichgewichts, vermehrtes Mißtrauen, Verbreitung des Besitzes atomarer Waffen, bzw. von Kernspaltungsanlagen, die zur Herstellung atomarer Waffen umfunktioniert werden; 2. kann das Abschreckungssystem bestenfalls noch eine begrenzte Frist bieten, in der andere Weisen internationaler Konfliktregelung entwickelt werden können (die trotz zeitweiliger Einsparungen sich steigenden Rüstungskosten verhindern eine wirksame Überwindung der Wirtschaftskrise, insbesondere eine Weltwirtschaftspolitik, die der Dritten und Vierten Welt gerechte Handelsbedingungen schafft); 3. die Behauptung, die Produktion der Neutronenbombe würde wahrscheinlich die Abschreckungswirkung des westlichen Waffensystems erhalten oder sogar steigern, kann für den Augenblick nicht widerlegt werden; aber die Wahrscheinlichkeit, daß im Ernstfall die Atomschwelle überschritten wird und faktisch nicht mehr kontrollierbare Eskalationen folgen, wächst ebenfalls. Vor allem wird sofort eine beschleunigte Rüstungseskalation auf dem durch Verhandlungen unkontrollierten Gebiet der taktischen Atomwaffen eintreten, die ihrerseits 4. die Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Atomwaffen (SALT) und konventioneller Rüstung (MBFR) erschweren, wenn nicht unmög-

lich machen; 5. beweisen die bekanntgewordenen Affenversuche, daß die Neutronenbombe ein besonders qualvolles Sterben von mehreren Stunden oder Tagen bewirkt.

Es kann kein ethisch vertretbares Argument für den Bau der Neutronenbombe angeführt werden, es sei denn, dieser wäre als augenblicklich durch kein anderes Mittel zu ersetzende Verteidigungsanstrengung gegenüber einem sonst unmittelbar drohenden Angriff notwendig. Dieses ist aber bei der augenblicklichen Interessenlage der beiden Machtblöcke nicht der Fall. Also muß selbst im Namen einer Ethik, die viele der bisher gelaufenen Entwicklungen als notwendige Übel akzeptiert, ein eindeutiges NEIN gesagt werden. Wenn dieses ethisch notwendige NEIN in Gestalt eines sichtbaren politischen HALT-Signals versäumt wird, kann in kurzer Zeit die weitere Rüstungseskalation völlig aus der Kontrolle geraten und damit die Gefahr einer atomaren Auseinandersetzung (deren Eintritt Carl-Friedrich von Weizsäcker schon vor der Diskussion über die Neutronenbombe für wahrscheinlich hielt) in ein akutes Stadium treten.

Die bisher vorgelegten Überlegungen sind, wenn sie das Prädikat „ethisch“ überhaupt verdienen, ethische Minimalgesichtspunkte. Aber der Zeitpunkt dürfte gekommen sein, an dem ethische Überlegungen im eigentlichen Sinne nicht mehr von den „Pragmatikern“ der Politik lächerlich gemacht werden können.

Die Ankündigung Präsident Carters, u. U. diese Bombe produzieren zu lassen, hat einen Grad von Aufregung in der Bundesrepublik hervorgerufen, wie er seit Jahren nicht mehr zu messen war. Wir haben die Chance, daß der Verdrängungsmechanismus, der uns jahrzehntelang angesichts der Produktion und Erprobung unvorstellbar vernichtender Waffen leben und die Warnrufe der Sachkenner schnell vergessen ließ, nicht mehr so ungestört arbeiten kann. Allerdings muß die Betroffenheit wahrgenommen werden, die vielleicht nur durch konkrete Vorstellungen entstehen konnte, wie diese Waffen in unserem Land zwischen Elbe und Weser eingesetzt werden könnten und daß das grauenhafte Sterben, das sie produzieren, nicht das Verenden von Versuchsaffen, sondern von Menschen in nächster Nähe, ja eines Tages unser Sterben sein könnte. Jetzt kommt es darauf an, die von allen verbal leicht zugegebene Inhumanität aller Tötungsvorbereitungen zu ermessen. Der alte Moralist Seneca hat bereits die entscheidende Frage gestellt: „Gegen Mord und Totschlag schreiten wir

Gebet

*Laßt uns nicht fallen
Wie den Regen
Der uns schlägt.
Wir bitten dich
Gott Vater,
General der Toten
Und Lebenden:
Laß uns nicht fallen
Wie den Regen
Der uns schlägt
Norbert Hilbig*

ein. Wie steht es aber mit den Kriegen und dem ruhmreichen Verbrechen, ganze Völker hingeschlachtet zu haben?" (95. Brief an Lucilius)

Von den seit Cicero und Augustinus überlieferten und mit der Zeit verschärften Bedingungen, unter denen ein Krieg sittlich gerechtfertigt werden könnte, hatte sich die vorhersehbare Kriegswirklichkeit so total entfernt, daß die daraus abgeleitete Kasuistik (Diskussion der „Fälle“, in denen diese Bedingungen eintreten oder nicht eintreten) die Gestalt eines Gruselkabinetts angenommen hat. Z. B.: Können die in der Strategie der großen Machtzentren geplanten Kriege noch (wenn das je der Fall sein konnte) „Regelungen“ internationaler Konflikte sein, deren Auswirkungen in

einem angemessenen Verhältnis zum Gewicht des Konfliktstoffs (nach katholischer Moraltradition: zur „Schuld“ des Gegners) und zur vorhersehbaren „neuen Ordnung“ stehen können?

Wer dies und ähnliche Fragen zu Ende denkt, kann nur noch mit dem II. Vatikanischen Konzil im Sinne eines kategorischen (unbedingten) Imperativs sagen: „Die göttliche Vorsehung fordert dringend von uns, daß wir uns von der alten Knechtschaft des Krieges befreien“ (Pastoralkonstitution 81). Aus dieser Notwendigkeit folgt mit gleicher Unbedingtheit die Forderung an uns alle, „die Frist, die uns noch von oben gewährt wurde, (zu) nützen, um mit geschärftem Verantwortungsbeußtsein Methoden zu finden, unsere Mei-

nungsverschiedenheiten auf eine Art und Weise zu lösen, die des Menschen würdiger ist“. Daraus ergibt sich die Pflicht, ethisch-politischer Verantwortung, in einem Moment, in dem Weichen gestellt werden, alle Mittel politischer und aufklärerischer Einflußnahme zu nutzen, um den Zug der Weltgeschichte von der Todesstrecke in die Richtung von Überleben und Leben umzuleiten. Das Haltesignal auf dem einen und das Durchfahrtsignal auf dem anderen Gleis wird auch von der Gegenseite wahrgenommen.

Der Autor dieses Beitrags ist Professor für Theologische Ethik an der Phil.-Theol. Hochschule Walberberg. Er gehört dem Dominikanerorden an.

in: Publik-Forum, 2.9.77